

à propos

Das
Friedensmagazin
von KOFF



Friedensförderung in einer neoliberalen Welt

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

Entwicklungs- und Friedensarbeit – Weit mehr als Ökonomie

2

dossier

Wir müssen es wagen, eine Welt “jenseits des Kapitalismus” zu denken

Perspektivenwechsel «Neoliberalismus»: Der Alltag

Interview zum „Paro Nacional“ mit Camilo González

Neoliberalismus und faire Arbeit

Goldabbau in Burkina Faso: Profit vor Menschenrechte?

Über den Neoliberalismus hinaus

3

erfahren Sie
mehr darüber

Von Santiago bis Paris, Menschen auf der Strasse

4

aktuell

Neues Frühwarnsystem: Wasser, Frieden und Sicherheit

KOFF Podcast Ton-Träger: Frauen, Frieden & Sicherheit: Wo bleibt die Gleichstellung?

Rundtisch: Frieden und Menschenrechte in Kolumbien und Honduras: Einsatz mit grossen Risiken!

5

agenda

Veranstaltungen & News

editorial

«Geht es der Wirtschaft gut, geht es allen gut» lautet das Motto des Neoliberalismus. Deshalb soll die Wirtschaftsfreiheit Vorrang geniessen. Eine Idee, die sehr kritisch hinterfragt wird, auch in der Friedensförderung. Während einige Stimmen behaupten, dass der Handel zu gemeinsamen Interessen führt und deshalb friedensfördernd wirkt, betonen andere die spaltende Wirkung: Etwa wenn die Interessen grosser Konzerne über die Bedürfnisse der Menschen gestellt werden oder wenn das System nur ein paar wenigen nutzt, während es die anderen ausbeutet.

In dieser Ausgabe schreiben die Autorinnen und Autoren unter anderem darüber, warum es problematisch ist, wenn ein System sich nur nach Profit ausrichtet, was faire Arbeit bedeutet und weshalb Menschen gegen eine neoliberale Politik auf die Strasse gehen.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre.

Redakteurin KOFF Magazin, Amélie Lustenberger

schwerpunkt

Entwicklungs- und Friedensarbeit – Weit mehr als Ökonomie



TADJIKISTAN: DEZA Projekt Lokale Gouvernanz (2017). Bild: DEZA

«Papier ist geduldig» so heisst es; die Menschen sind es nicht. Die Wirtschaftswissenschaften – und der Teil der Entwicklungswissenschaften, die sich die ökonomische Entwicklung auf die Fahnen schreibt – behaupten eine «exakte Wissenschaft» zu sein und konnten doch Finanzkrisen und das Versagen des Marktes weder vorhersagen, noch die dadurch verursachte Armut, individuelle Unsicherheit, Migration und Konflikte, respektive Fragilität reduzieren.

Markt statt Mensch – Ökonomisierung der Entwicklung

Wie hängt beides zusammen? Die Agenda 2030 formuliert in Ziel 16 Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Inklusion als Entwicklungsziel und die Aufforderung die am meisten Benachteiligten zuerst zu fördern. Habermas' postulierte einmal das Gleichgewicht von «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» als grösstes Versprechen des Liberalismus. Daran anknüpfend ist «Leave no one behind» (LNOB) wohl das Versprechen unserer neo-liberalen, deregulierten Zeit. Das Dogma dieser Zielerreichung heisst, Entwicklung sei vor allem ökonomischer Art und diese, sowie der Frieden, brauchen vor allem finanzielle Ressourcen. Mit dieser «Ökonomisierung» der Entwicklungs- und Friedensarbeit entäussern sich ihre Akteur_innen jedoch ihrer wichtigsten Werkzeuge: Der Arbeit an der sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung und verlieren den Fokus auf

den Menschen.

Prozesse der Rechenschaftslegung und Mittelverwendung werden wichtiger als das Analysieren und Intervenieren in Systemen und das Abbilden von Komplexität durch ein Testen von verschiedenen Interventionen. Die von Bnerjee & Dufflo mit dem Nobel Preis für Wirtschaft ausgezeichneten Theorien[1] zur «trial and error» fallen häufig einem auf Risikovermeidung reduziertes Opportunitäten-Risiken-Verständnis oder der Notwendigkeit nach dem Vorzeigen von «schnellen Entwicklungsergebnissen» zum Opfer.

Die Ergebnisse sind nicht selten ein Friedensverständnis, das sich auf die Abwesenheit physischer Gewalt, und ein Entwicklungsverständnis, das sich auf ökonomische Entwicklung beschränkt. Dabei brauchen wir, um den Auftrag der Agenda 2030 – vor allem für Ziel 16 und «LNOB» zu erfüllen, zuerst einen anderen Fokus als den rein ökonomischen und danach eine Politikkohärenz, die die Ressourcen dort generiert, wo sie vorhanden sind.

Freiheit, Gleichheit und Frieden – Wohin fließt das Geld?

Laut Freedom House ist «Freiheit» in seiner Ausdrucksform der Demokratie seit 13 Jahren rückläufig. 61% der Weltbevölkerung, oder 4.6 Mrd. Menschen leben in autoritären und nur teilweise freien Ländern[2]. Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der «Gleichheit» ab, die sich in faktischer Ungleichheit perpetuiert: Dem reichsten 1% der Weltbevölkerung gehören gut 20% des globalen Reichtums[3], während den unteren 50% gerade einmal weniger als 10% gehören. Übersetzt man Brüderlichkeit mit Solidarität, so bietet sich ein ebenso trauriges Bild: Die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) der OECD Länder lag 2017 bei 147.2 Mrd. USD, was zirka 0.31 % des BIP der Geberländer entsprach.[4] Davon gingen zirka 45% (68 Mrd.) in fragile und von Kriegen und Konflikten betroffene Länder.[5]

Des einen Leid – des anderen Freud: Aus Schulden werden Renditen

Warum sind diese Zahlen alarmierend? Erstens, es fehlt das Geld für den Frieden: ODA ist mit mehr als 72.2 % die Hauptressource der Friedens- und Entwicklungsfinanzierung in diesen Ländern.[6] Zweitens, nicht Frieden sondern Kriegswaffen sind die Priorität: Den weniger als 150 Mrd. ODA im Jahr 2017 standen 2018 1,8 Trilliarden USD, oder 2.1 % des globalen BIP an Rüstungsausgaben gegenüber.[7] Und Drittens: durch Deregulierung und Gesetzeslücken sowie fehlende Staatlichkeit führt sogenannte «legale Steuervermeidung» zu Einnahmeverlusten in Höhe von 7.8 Trilliarden USD (10.4% des globalen BIP).[8] Zu diesen können dann noch weitere 3.6 Trilliarden USD gezahlt werden, die aufgrund von Korruption und Bestechung verloren gehen.[9]

Diese chronische Unterfinanzierung der Friedens- und Entwicklungsarbeit beziffert sich auf 2.5-3 Trillion USD pro Jahr^[10], eine Summe die sich durch Rechtsstaatlichkeit und globale Steuergerechtigkeit aufbringen liesse. Anstatt jedoch auf Regulierung zu setzen, setzt man weiter auf den Markt. Dass man mit Schulden Geld verdienen kann, wurde uns seit der Finanzkrise 2008 immer wieder deutlich aufgezeigt. Was seinerzeit faule Kredite waren, sind heute die Kleinkredite für die Ärmsten. Während schon die «Mikro-Kredite» umstritten sind, werden heute aus diesen euphemistisch genannten «social impact bonds»^[11] geschnürt, die Anlegern und Anlegerinnen im «Westen» Renditen bis 20 % Prozent versprechen und für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit auch noch Ausfallgarantien gibt.

Die Lösungsansätze wären bekannt

Wir befinden uns fast in der Halbzeit zur Verwirklichung der Agenda 2030 und haben doch das Gefühl entweder noch ganz am Anfang zu stehen oder am Ende gar zu versagen. Dabei sind die guten Ansätze für eine friedensbeitragende Entwicklungspolitik bekannt. Erstens müssen wir den Kontext als Startpunkt der Überlegungen nehmen, nach denen wir den Mehrwert der Schweizerischen Friedens- und Entwicklungsarbeit definieren. Wir brauchen keine pfannenfertigen Lösungen, sondern flexibles und menschenorientiertes Arbeiten. Zweitens müssen wir die Kultur der Risikovermeidung durch eine Kultur des Lernens ersetzen, die die Komplexität der Systeme und die Irrationalität des Menschen anerkennt. Damit wird dann, Drittens, auch die Erkenntnis einhergehen, dass Frieden und nachhaltige Entwicklung nur möglich ist, wenn diese als Ziel globaler Politikkohärenz steht.

Der vorliegende Artikel reflektiert die Erfahrungen von Nils Rosemann, repräsentiert aber keine offizielle Position der DEZA. Die Meinungsäußerungen sind ausschliesslich solche des Autors und reflektieren weder die offizielle Sichtweise des EDA oder der Bundesverwaltung.

[1] Banerjee, Abhijit V., Duflo, Esther: Good Economics for hard Times, 2019

[2] Freedomhouse: Democracy on Retreat: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2019/democracy-in-retreat>

[3] Bericht zur weltweiten Ungleichheit: <https://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-summary-german.pdf>

[4] OECD Report 2019

[5] OECD State of Fragility Report 2019

[6] OECD State of Fragility Report 2019

[7] Internationale Friedensforschungsinstitut SIPRI in Stockholm im November 2018

[8] TAXATION PAPERS Taxation and Customs Union WORKING PAPER No 76 – 2019
Estimating International Tax Evasion by Individuals

[9] United Nations Secretary-General António Guterres:
<https://news.un.org/en/story/2018/12/1027971>

[10] United Nations: Roadmap for Financing the 2030 Agenda:
<https://www.un.org/sustainabledevelopment/sg-finance-strategy/>

[11] «Finanzflüsse wie ein Wasserfall? Die Finanzialisierung der Entwicklungspolitik»
<https://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/wearchiv/042ae6a9f609a1c02/042ae6aa4b0d90c01.php>

DEZA

Nils Rosemann

nils.rosemann@eda.admin.ch

Stellvertretender Leiter der Sektion Qualitätssicherung & Armutsreduktion der DEZA

links

- [Good Economics for hard Times](#)
- [Freedomhouse: Democracy on Retreat](#)
- [Bericht zur weltweiten Ungleichheit](#)
- [OECD State of Fragility Report 2019](#)
- [Internationale Friedensforschungsinstitut SIPRI](#)
- [Working Paper: Estimating International Tax Evasion by Individuals](#)
- [United Nations Secretary-General António Guterres](#)
- [United Nations: Roadmap for Financing the 2030 Agenda](#)
- [Finanzflüsse wie ein Wasserfall? Die Finanzialisierung der Entwicklungspolitik](#)

Eine Welt "jenseits des Kapitalismus" denken



Feministischer Streik Genf 14. Juni 2019. Bild: Charlotte Hooij

Standard-Konfliktansätze werden durch viele Annahmen untermauert: Die Annahme, dass die Anwendung oder die Androhung von Gewalt die beste Antwort auf Konflikte ist. Dass Männer die "Beschützer" und Frauen die "Opfer" sind. Annahmen darüber, wer die Legitimität und das Recht hat, die Lösungen auszuhandeln und wer von der Zerstörung profitieren kann und soll. Annahmen, die weite Teile der Gesellschaft ausschliessen. Auch der Neoliberalismus wird von einer Fülle von Annahmen gestützt, die grosse Teile der Gesellschaft ausschliessen und entmenschlichen.

Die "Women's International League for Peace and Freedom" (WILPF) hört Frauen zu und hat dadurch in ihrer langen Geschichte gelernt, dass es bei der transformativen Friedensförderung darum geht, die Strukturen, auf denen diese Annahmen beruhen, in Frage zu stellen. Neoliberale Theorien und Politik scheitern in so genannten friedlichen Kontexten. Diese Misserfolge werden in Konflikt- und Post-Konflikt-Kontexten noch verstärkt, dann, wenn Kooperation und Inklusion wesentlich wären. Es ist ein System der Gier, bei dem die Kriegsherren die Aktionäre sind.

Die Arbeit von WILPF in Konflikt- und Post-Konflikt-Kontexten zeigt, dass die Wirtschaftspolitik, die wir in diesen Kontexten einsetzen, nicht von gelebten und hochgradig geschlechtsspezifischen Kriegserfahrungen und von den neuen, oft komplexeren und sich überschneidenden Bedürfnissen, die sich aus diesem Konflikt

ergeben, getrennt werden kann. Die Integration einer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Transformation in eine aus dem Krieg hervorgegangenen Gesellschaft, entscheidet zwischen einem nachhaltig und gerechten Frieden – ein feministischer Frieden – oder einem fragilen Frieden, der das Leben der Menschen und ganzer Gesellschaften ständig in Gefahr bringt.

Die WILPF-Analyse aus Bosnien zeigt die Gefahren eines auf neoliberalen Annahmen beruhenden Friedens (siehe WILPF, 2017). Der Wiederaufbau nach dem Konflikt wurde durch die Annahme untermauert, dass der freie Markt, Deregulierungen und Privatisierungen zu Wachstum und Wohlstand und damit zum Frieden führen würden. Ausgehandelt wurde diese Politik von der korrupten, militarisierten ethno-nationalen politischen Elite, die alles zu gewinnen und nichts zu verlieren hatte. Frauen und andere zivile Gruppen waren ausgeschlossen. Heute, 25 Jahre nach dem Krieg, ist die wirtschaftliche Reformpolitik weiterhin konflikt- und geschlechterblind. Anstatt die Ungleichheiten zu verringern, tragen sie zur Spaltung bei, wodurch strukturelle und geschlechtsspezifische Ungleichheiten und soziale Konflikte verschärft werden. Ein “nachhaltiger Frieden” räumt den Menschenrechten, insbesondere den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, Vorrang ein. Dies dient nicht nur der Prävention bewaffneter Gewalt, sondern auch einer gelungenen Transformation in den Frieden.

Jahrzehnte des Neoliberalismus und der Sparmassnahmen, parallel zu einer beispiellosen Anhäufung von Reichtum, bei der die reichsten 1% doppelt so viel wie 6,9 Milliarden Menschen besitzen (siehe Oxfam, 2020), haben Konflikte direkt angeheizt, die Fähigkeit der Menschen, ein menschenwürdiges Leben zu führen, in Frage gestellt und den für diese transformative Friedensförderung erforderlichen Raum eingeschränkt.

Strukturelle Ungleichheiten, die den Kern des heutigen Systems bilden, haben Folgen für die Stabilität und den Frieden selbst. Sie sind geschlechts-, klassen- und rassenbedingt voreingenommen. Der ungleiche Zugang und die ungleiche Verteilung von Ressourcen herrscht bereits zu lange. Die Menschen reagieren und handeln. Das sehen wir auf der ganzen Welt, von Chile bis zum Libanon. Die Menschen fordern ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Aber wir sehen auch, dass diesen Forderungen mit Unterdrückung, verstärkter Militarisierung und hartem Vorgehen gegen Demonstranten begegnet wird. Dies zeigt uns, dass das neoliberale System nicht von Patriarchat und Militarismus getrennt werden kann: “Die männliche Dominanz ist eng mit den Klassenunterschieden des Kapitalismus und der rassistischen Dominanz einiger Nationen und ethnischer Gruppen durch andere verbunden. Gemeinsam führen sie den Krieg fort”, fasst das Manifest der WILPF zusammen (siehe WILPF, 2015).

Die neoliberale Politik, die durch das kapitalistische Wirtschaftssystem begründet ist, schürt die Ungleichheit. Die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, die Privatisierung und die Deregulierung des Marktes sind die neue Normalität (siehe Ortiz und Cummins, 2019). Es herrscht blindes Vertrauen in Unternehmen und andere private Akteure, welche die Lücken schliessen, die von den bröckelnden staatlichen Strukturen hinterlassen wurden. Wir haben von Frauen in Konflikten gelernt, dass die korrupten und ausbeuterischen Wirtschaftssysteme die Hauptursachen für Krieg sind. Krieg wird zu einem grossen Teil durch Profitabilität angeheizt und dies setzt sich in Friedenskonsolidierung fort. Eine politische Ökonomie von Krieg und Frieden muss kritisch analysiert und in Frage gestellt werden. Die feministische politische Ökonomie ist ein mächtiges Instrument, das uns

helfen kann, die Welt neu auszumahlen (siehe WILPF 2018).

Als Antwort auf die feministische Kritik von Friedensaktivistinnen und Akademikerinnen an der Geschlechtsblindheit der neoliberalen Politik gab sich der Neoliberalismus kooperativ. Ein besonders aufschlussreiches Beispiel ist die neoliberale Erzählung über die wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen. In einer Welt, in der 1 % doppelt so viel wie 6,9 Milliarden Menschen hat, ist es egal, ob Frauen unter diesen 1 % gleich stark vertreten sind oder nicht! Ein paar Frauen in die privilegierte Spitzengruppe der Gesellschaft zu bringen, ist nicht das, was Feministinnen meinen, wenn sie von Empowerment und Führung sprechen. Es geht nicht darum, Frauen so zu formen, dass sie in das gegenwärtige System passen. Es geht darum, dieses System zu transformieren, damit wir Gesellschaften der Gerechtigkeit, Gleichheit und entmilitarisierten Sicherheit aufbauen können. Wir alle müssen es wagen, eine Welt "jenseits des Kapitalismus" zu denken.

WILPF-Mitglieder_innen in aller Welt fordern heute, das gegenwärtige System von struktureller Ungleichheit abzubauen und ein neues zu kreieren. Dazu müssen wir Wege finden, um bestehende Wirtschaftsbeziehungen und -praktiken abzulehnen und ihnen zu widerstehen; neue Formen des Eigentums und der Kontrolle über natürliche Ressourcen erfinden; an eine Umverteilung des Reichtums und neue Wege des Wachstums denken. Es wird von uns verlangt, die Beziehung zwischen Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit neu zu überdenken – unter besonderer Berücksichtigung der Rechte der Natur, der Landrechte der Menschen und der Ernährungssouveränität. Dies setzt ein beispielloses kreatives Arbeiten sowie Solidarität über Hemisphären, nationale Grenzen, kulturelle Gruppen, Orte, Klassen und Geschlechter voraus. Ansonsten wird der Frieden niemals in unsere Reichweite geraten.

Einige Lektüren zum Thema: Klein, Naomi, 2007: Die Schockdoktrin: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus; Klein, Naomi, 2014. Das ändert alles: Kapitalismus vs. Klima; Raworth, Kate, 2018. Doughnut Ökonomie: Sieben Wege, wie ein Wirtschaftswissenschaftler des 21. Jahrhunderts zu denken; Fraser, Nancy, 2009. Feminismus, Kapitalismus und die Gerissenheit der Geschichte; Federici, Silvia, 2012. Revolution am Nullpunkt: Hausarbeit, Reproduktion und feministischer Kampf; und True, Jacqui, 2014. Die politische Ökonomie der Gewalt gegen Frauen.

[Women's International League for Peace and Freedom \(WILPF\)](#)

Nela Porobić Isaković

nela.porobic@wilpf.org

[Women's International League for Peace and Freedom \(WILPF\)](#)

Maria Butler

maria.butler@wilpf.org

links

- [WILPF 2017. Eine feministische Perspektive auf die Restrukturierung und den Wiederaufbau nach Konflikten - der Fall Bosnien und Herzegowina \(auf Englisch\)](#)
- [WILPF 2015 Hundertjähriges Manifest \(auf Englisch\)](#)
- [WILPF 2018 Leitfaden zur Feministischen Politischen Ökonomie \(auf Englisch\)](#)
- [Streng: die neue Normalität. Ein erneuter Washingtoner Konsens \(auf Englisch\)](#)
- [Oxfam Bericht, 2020 \(auf Englisch\)](#)

dossier

Perspektivenwechsel «Neoliberalismus»: Der Alltag



Shamsia Hassani, afghanische Graffiti Künstlerin in Bern, Schweiz. Lukas Krienbühl, swisspeace 2013

Die Diskussion rund um die Care-Arbeit zeigt auf, wie politisch gestützte Marktmechanismen gewisse Tätigkeiten als förderungswürdig und gewinnbringend einstufen, andere hingegen als Belastung, als Bremse marktförmiger Wachstumsstrategien abwertet, versteckt, in die Exotik verrückt und das sind eben diese Care-Tätigkeiten, die gerade in Konfliktsituationen für die Bevölkerungen fürs Überleben zentral sind. Davon ist jedoch selten die Rede, zumindest dann nicht wenn eine systematische Erklärung der Ursache nötig wäre. Die Prekarisierung des Alltags findet somit auch kaum Eingang in die entscheidenden Friedensverhandlungen.

Geschichten von starken Frauen an der Basis, von Überlebensinitiativen in den zerbombten Stadtteilen, von Kindern, die unter widerlichsten Bedingungen dennoch schreiben und lesen lernen wollen, gibt es in vielen Facetten. Bilder von kleinen Held_innen, Filme von rührenden Einzelschicksalen gehen um die Welt, schöne Aufnahmen mit ästhetischem Anstrich. Doch offenbar hat diese erzählte Realität für die wirtschaftsgetriebenen Entscheide in Zeiten militarisierter Konflikte kaum richtungsweisende Bedeutung. Im Gegenteil, die Erzählungen erleichtern die Externalisierung des «kleinen Alltags» aus dem System der leistungsorientierten Entscheidungsträger_innen – dies obschon der

Ausgangspunkt ihrer Arbeitskraft die Care-Arbeit steht. Diese ist und bleibt unsichtbar.

Dieser Unsichtbarkeit der Alltagsarbeiten, die in Konfliktgebieten noch aufwändiger sind als sonst, liegen ideologisch untermauerte wirtschaftliche Interessen an Fortschritt und Wachstum zugrunde. Die Folgen sind in vieler Hinsicht gravierend, denn die Logik dahinter ermöglicht Störendes, Überflüssiges zu benennen und aus dem funktionierenden System auszuschliessen. Die Kostenüberwälzung der sozialen Sicherheit in die Haushalte der Schwächsten ist ein Beispiel dafür. Menschen in Konfliktgebieten werden sich selber überlassen, wenn sie fliehen erfahren sie nur Abschottung. Die Barrieren zur Welt der Gewinner_innen verschliessen sich. Gleichzeitig blüht die Kriegsmaterialindustrie und der Handel von Militärgütern wie selten zuvor. Neue Technologien, die das gute Leben für alle versprechen, sind unerreichbar und die Ökonom_innen singen getreu das Loblied von Wachstum und Eigenverantwortung, immer noch im «Trickle-Down» Modus. Die Gefahr einer Sinnentleerung der Menschen- und Frauenrechte wird irrelevant, denn wer als überflüssig deklariert ist, verliert auch seine Rechte, zum Beispiel das Recht auf menschenwürdiges Leben.

Geschichten aus dem Alltag von Frauen in Krisengebieten stehen beispielhaft für diese Entwertung sowohl der Sorgearbeit als auch derjenigen die sie leisten, ihre Arbeitskraft, ihre Leistung verliert den Wert. Sie bleiben unsichtbar und stimmenlos, denn einmal aus dem System der «Wirtschaftstauglichen» ausgeschlossen, wären alle Ausgaben für ihre Arbeit nur ein Verlustgeschäft. Aus neoliberaler Sicht, tragen sie nämlich nichts bei zum Fortschritt, sondern wirken wie Sand im Getriebe der Wachstumsmärkte. In Krisengebieten ist die Ungleichzeitigkeit der Ausgrenzung der ressourcenärmsten Menschen einerseits und die Geschwindigkeit der technischen Entwicklung andererseits besonders augenfällig. Die Gewinnmaximierung rechtfertigt also auch die schlimmste Verelendung.

Dieser vermeintliche Widerspruch hat System, denn die neoliberale Gesellschaftsarchitektur umfasst nur was Profit bringt, der Rest ist Abfall, der möglichst weit weg und kostengünstig entsorgt wird, so wie auch all die Menschen, deren Existenz als überflüssig gilt, und das trifft in zunehmendem Masse Menschen aus Konfliktgebieten. Um dieser Dynamik Einhalt zu gebieten, bedarf es einer klugen, ja durch und durch politischen Friedensarbeit. Elend und Hunger von Konfliktbetroffenen sind keine Geschichten von Einzelnen, sondern Ausdruck struktureller Gewalt, die nicht zuletzt auch vom Neoliberalismus legitimiert ist. Erst wenn die Organisation des Alltags, die Sorge- und Überlebensstrategien der Gemeinschaften ins Zentrum gerückt wird, können friedenspolitische Bemühung dieser Entwicklung Einhalt gebieten.

[WIDE Switzerland](#)

Annemarie Sancar

annemarie.sancar@bluewin.ch

dossier

Interview zum „Paro Nacional“ mit Camilo González



Foto von ask!

Dieses Interview wurde am 29. November 2019 [hier](#) veröffentlicht.

Seit dem 21. November finden in ganz Kolumbien Proteste gegen die neoliberale Politik der Regierung, sowie gegen Gewalt und für den Frieden statt. International machen Nachrichten von repressiver Gewalt, dem Tod des 18-jährigen Dilan Cruz und der Antwort der Bürger_innen mit „cacerolazos“ die Runde. Die ask! führte ein Interview mit Camilo González Posso, Präsident von Indepaz (Institut für Entwicklung und Frieden) und Direktor des Projekts Centro de Memoria Historica in Bogotá, durch.

Ask: Camilo, erzählen Sie uns, was passiert momentan in Kolumbien?

Camilo González: Wir sind in Kolumbien jetzt schon beim 7. Tag des Nationalen Streiks angelangt. Der Streik wurde für den 21. November mit Märschen und Streiks in gewissen staatlichen und privaten Firmen einberufen und hat sich dann in eine kontinuierliche Welle der Mobilisierung verwandelt, mit Millionen von Personen und verschiedenen Protestgründen.

Ask: Aus wem besteht das Streikkomitee?

C.G.:

Das Komitee, das den Streik einberufen hatte, besteht aus Gewerkschaftszentralen, Studierendenorganisationen, Indigenen, Kleinbauern, Frauen, und Gemeinschaften. Sie vertreten die Mehrheit der organisierten Sektoren und Gruppierungen aus über 500 urbanen Zentren und Gemeinden des Landes. Das Streikkomitee war der Aufrufer und am 21. November der Auslöser, aber die Bewegung geht jetzt viel weiter und es sind neue Formen der Mobilisierung entstanden, die eine andere Logik haben als die traditionellen Märsche oder Streiks, die eine einheitliche Führung haben. In jeder Region und in jeder Stadt organisieren sich die Leute, und es gibt eine unglaubliche Synchronisierung von Parolen und Gefühlen in diesem Aufstand gegen die asozialen Politiken der Regierung und in Verteidigung des Lebens und des Friedens.

Ask: Wie schätzen Sie die Repression der Polizei und des Militärs ein?

C.G.: In diesen sieben Tagen haben sich Millionen von Personen auf friedliche Art und Weise mobilisiert. Sie haben sich mobilisiert gegen die Gewalt, gegen Morde an Führungspersonen und gegen die Rückkehr zu Kriegstechniken wie die Militarisierung von gewissen Gebieten und die Autorisierung zu wahllosen Bombardements. Beispielsweise jenes, welches den Tod von 12 Kindern gefordert hat und von der Regierung gerechtfertigt wurde. Es ist eine Bewegung gegen den Krieg und für den Frieden, die jegliche Art von Gewalt verurteilt, sogar diejenige, die sich innerhalb der Demonstrationen abspielt. Gegenüber dieser eindrucksvollen Demonstration von Selbstkontrolle der Jugend und der mobilisierten Gesellschaft gab es eine Antwort von massloser Gewalt durch die Bereitschaftspolizei. Das Resultat davon sind bisher hunderte von Verletzten und vier Tote, darunter der junge Dilan Cruz, der in Bogotá aus kürzester Entfernung und mit einer nicht-konventionellen Waffe von einem Polizisten getötet wurde.

Die friedliche Mobilisierung zeigt sich in Bildern, auf denen Demonstranten Polizisten grüssen, die sich passiv und ohne Aggressivität verhalten, und in der Ablehnung von Infiltrierten und Saboteuren, welche in einigen Fällen Teil der Polizei zu sein scheinen. In Santander de Quilichao (Cauca) gab es ein Attentat gegen eine Polizeistation mit zwei toten Polizisten und neun Verletzten. Die Reaktion der Bevölkerung war eine totale Ablehnung dieser lokalen bewaffneten Gruppen oder Drogenschmuggler, die in gewissen Gebieten weiterhin aktiv sind. Wir stehen vor einer Friedensmobilisation, die unter anderem durch die neue Stimmung nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages zustande kam, in dem die Gewehre das Wort an die Stimme des Bürgerprotests abgetreten haben.

Ask: Wie ist die Situation aktuell? Wurde der Gebrauch von Gewalt seitens der Polizei und des Militärs vermindert angesichts der unzähligen Klagen über den masslosen Gebrauch von Gewalt?

C.G.: Die nationale und internationale Ablehnung gegen den masslosen Gebrauch von Gewalt hat den Effekt, die Brutalität der Repression zu mässigen, obwohl es weiterhin kritische Situationen gibt. Internationale Menschenrechtsorganismen, inklusive des Büros der Frau Bachelet, haben die Regierung dazu aufgefordert, nicht das Militär in der Repression gegen den sozialen Protest einzusetzen und sich auf Polizeimethoden bei der Kontrolle der öffentlichen Ordnung zu beschränken. Bis jetzt wurde das Militär mit seinen Kriegswaffen im Hintergrund für die Sicherheit eingesetzt, mit grosser Präsenz auf den Überlandstrassen, im Schutz von Infrastruktur, einschüchternder Mobilisierung von Panzern und anderen Formen der Einschüchterung. Es wurde aber nicht zur direkten Repression auf den Strassen und in den Vierteln eingesetzt. Es gab Situationen starker Militarisierung wie die Ausgangssperren in mehreren Städten (Bogotá, Cali, Popayan, Manizales), speziell in den Nächten des 21. und 22. Novembers. Diese Militarisierung und

Ausgangssperren mit der Erlaubnis, auf jeden zu schießen, der sich auf der Strasse befindet, wurde mit einer Panikwelle legitimiert, die in einigen Städten mit Gerüchten verbreitet wurde, dass sogenannte „Vandalen“ in „Horden“ innert Kürze Häuserkomplexe und Märkte überfallen würden. Das Klima von Angst und Panik gründete die Ausgangslage für den militärischen Einsatz.

Ask: Wer, denken Sie, steckt hinter diesen Gerüchten über die sogenannten „Vandalen“?

C.G.: Das Gerücht der „Vandalen“, die sich anscheinend vorbereiteten, am Tag des Nationalen Streiks (21N) zu plündern, ist schon in der Woche vor dem Streik entstanden. Es wurde Teil der Gespräche und Fragen, die aufgrund von Bildern über Plünderungen in Chile und Bolivien entstanden sind, und in den Medien aufgeblasen wurden. Es ist wahrscheinlich, dass dies die Aufgabe von gewissen Strukturen im Sicherheitsapparat erleichtert hat, die Experten darin sind, die Angst als Strategie zur Kontrolle der Bevölkerung zu nutzen. In der Sprache der nationalen Sicherheit wurde von obersten staatlichen Stellen und der Regierungspartei die Aussage verbreitet, dass der Streik eine internationale terroristische Verschwörung sei, um die Regierung Duques zu destabilisieren; es wurde gesagt, dass es ein Werk des ‚Saõ Paulo Forums‘ sei und durch von Maduro bezahlte Unruhestifter ausgeführt wurde. Mit diesem Gerücht wurden die Grenzen geschlossen, Ausländer ausgeschafft und davon gesprochen, sich praktisch auf einen Krieg vorzubereiten.

Ask: Unglaublich.

C.G.: Die Leute haben mit aussergewöhnlichen Aktionen geantwortet. Mit dem Lärm der „cacerolazos“ (auf leere Töpfe und Pfannen schlagen), mit Festen in den Wohnvierteln und mit Zusammenkünften unter Nachbar_innen an den Abenden und in den Nächten. Ganze Familien gehen auf die Strasse, um mit den Töpfen Lärm zu machen und Parolen gegen die Repression und die Regierung zu rufen.

Ask: Wie sehen Sie den Streik in Kolumbien in Verbindung mit den anderen Demonstrationen und Bewegungen, die aktuell in Lateinamerika stattfinden?

C.G.: Die Geschehnisse haben in jedem Land ihre eigenen Logiken, aber wir stehen vor einer internationalen Bewegung, die gegen antisoziale und antidemokratische Politiken einer ausschliessenden Globalisierung protestiert. In Kolumbien wird, wie in Ecuador und Chile, gegen das Massnahmenpaket der Regierung, also gegen eine neue Welle von neoliberalen Politiken, die durch den IWF und die OECD vorangetrieben werden, protestiert. Diese haben negative Auswirkungen auf die Mehrheit der Bevölkerung. Wir stehen vor einer Bewusstseinsrevolution mit grossem Tiefgang. Dies ist eine Antwort auf ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das Hoffnungslosigkeit und Ungleichheit bietet, verteidigt durch Autoritarismus.

Diese Bewusstseinsrevolution ist ein gemeinsamer Nenner in unseren Ländern. Millionen von Personen sind gegen ein Modell, welches die Jugend und die Frauen diskriminiert, welches die Regeln von multinationalen Konzernen vertritt und bis zu den wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen alles privatisiert. Dazu kommen Forderungen nach Gleichheit, Respekt der Natur, Ablehnung der Korruption, Ablehnung der Durchsetzung des Neokonservatismus und Ablehnung von despotischen und autoritären Regimes.

Ask: Weiss man schon etwas darüber, was das von Duque vorgeschlagene „Nationale Gespräch“ („Conversación Nacional“) beinhaltet?

C.G.: Duque hat in offensichtlicher Ratlosigkeit versucht, mit seiner Antwort auf die

Bewegung Zeit zu gewinnen. Er hat damit begonnen, die Ausmasse der Proteste anzuerkennen und damit das Narrativ über die Illegitimität des Streiks seines Chefs, Alvaro Uribe, in den Hintergrund gerückt. Danach ist er mit dem Aufruf zum sozialen Dialog oder „nationalem Gespräch“ gekommen. Dies soll eine Reihe von Treffen zu den Entwicklungsplänen der Regierung beinhalten. Diese Treffen sollen ab jetzt bis März 2020 stattfinden und zu einigen neuen Gesetzesvorschlägen führen. Der Inhalt und die Methoden dieses „Gesprächs“ sind eine kleine Anpassung an die Dialoge, die der Präsident jede Woche in verschiedenen Regionen durchführt. Diese heissen „Talleres, construyendo país“ und Duque hat in seinem ersten Amtsjahr bereits über 140 davon durchgeführt. Es ist eine Art von direkten Beziehungen zu bestimmten Gruppen, um ein Bild der Volksnähe zu projizieren, welche der aktuellen Regierung aber wenig mehr Glaubwürdigkeit verliehen hat. Dieses jetzt vorgeschlagene „nationale Gespräch“ wird als Ablenkungsmanöver gesehen, um als schwaches Propagandainstrument der Regierung zur Demobilisierung der Proteste zu führen. Die Regierung tut so als ob die Unzufriedenheit, zusätzlich zur internationalen Verschwörung und der irrationalen Opposition, auf die fehlende Information über die positiven Seiten ihrer Politiken zurückzuführen sei. Deshalb generiert die Regierung bloss Mechanismen für Propaganda und weigert sich, die Themen der Proteste anzugehen. Deshalb hat sich auch das Streikkomitee von dem ersten Treffen zurückgezogen, in dem der Präsident vorhatte, Gespräche mit Unternehmern, Bürgermeister, Gremien etc. zu eröffnen. Das Ziel davon war, nur den Dialog mit ihm zugewandten Sektoren zu eröffnen und schlussendlich die mobilisierten Sektoren in den Hintergrund zu drängen. Er weigert sich weiterhin, über die Umsetzung des Friedensabkommens, den Rückzug des Massnahmenpackets des IWF, über die Lebensgarantien für Führungspersonen und die Prekarisierung der Jugendlichen, Pensionierten und Arbeiter_innen zu sprechen. Diese Gleichgültigkeit und Ignoranz gegenüber Situationen der repressiven Gewalt, die zum Tod des jungen Dilan geführt hat, ist empörend für die Bevölkerung, die den Protest weiterführt. Die Regierung hat mit ihrer Einstellung, dass Politiken der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht Teil des „Gesprächs“ und noch weniger Teil von Verhandlungen sein können, viele Türen geschlossen. Die Menschen auf der Strasse fordern die Auflösung des ESMAD und die Abänderung der Reglemente in Bezug auf Proteste. Zudem sind während den Demonstrationen seit dem 21. November immer wieder Plakate aus der Menge herausgeragt, die eine sofortige Beendigung der Bombardements und Kriegsbefehle als Antwort auf die Situation in den ländlichen Gebieten fordern. Das Thema der Sicherheitspolitik ist zentral für die Verteidigung des Lebens, mehr noch wegen den aktuellen Kriegsstrategien von staatlichen Sicherheitskräften und dem erneuten Aufkommen von Praktiken, die zuletzt auf dem Höhepunkt des Paramilitarismus angewendet wurden.

Ask: Vielen Dank für Ihre informativen Ausführungen. Gibt es noch etwas, das Sie weiter erwähnen möchten?

C.G.: Der Senator Alvaro Uribe empfiehlt der Regierung in einem Interview mit Vicky Dávila die Militarisierung zur Abwehr der Mobilisierung zu verstärken. Er hat auf die Stärke der Militärpräsenz verwiesen, wenn es darum geht, Städte zu kontrollieren. Dies mit dem Beispiel der Ausgangssperre. Dabei hat Uribe kritisiert, dass diese nicht zur permanenten Form der öffentlichen Kontrolle angewandt wurde. Seine Empfehlung ist: Polizei gegen den friedlichen Protest und Militär mit Kriegswaffen gegen die unbewilligten Demonstrationen auf öffentlichen Strassen. Weiter findet Uribe, man sollte den ESMAD stärken, statt ihn zu schwächen und allgemein mit harter Hand gegen die Störung der öffentlichen Ordnung durchgreifen. Der Grunddiskurs lautet: Null Zugeständnis gegenüber den Forderungen des

Streiks; stattdessen wieder und wieder die Vorschläge wiederholen, den Unternehmen die Steuern zu senken, die Krankenversicherung der Pensionierten etwas anzupassen und seine Arbeitsreform durchzusetzen. Die Strategie mit den sogenannten neuen sozialen Elementen in der Steuerreform ist Teil des Rezepts des „grossen Dialogs“ für das immer Gleiche.

[ask! - Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien](#)

Lisa Alvarado

lisa.alvarado@askonline.ch

[links](#)

- [Interview zum „Paro Nacional“ mit Camilo González](#)

dossier

Neoliberalismus und faire Arbeit



Arbeiterinnen protestieren gegen schlechte Arbeitsbedingungen in kambodschanischen Textilfabriken.

Foto: Solidar Suisse

Die Anhänger_innen der neoliberalen Wirtschaftspolitik sind überzeugt: Liberalisierung und Deregulierung des Marktes maximieren national wie international das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand für alle.

Die Realität hält sich jedoch nicht an dieses Drehbuch. Anders als versprochen können sich die Länder des globalen Südens nicht aus Armut und Elend befreien. Die Arbeit der Menschen dort, ob in Dienstleistungsjobs, der Produktion, der Landwirtschaft oder im Bergbau, ist oft schlecht bezahlt, erniedrigend und gefährlich, und Arbeitsrechte werden mit Füßen getreten.

Kinderarbeit auf westafrikanischen Baumwollfeldern und in Goldminen, sklavenähnliche Beschäftigungsverhältnisse in asiatischen Fabriken, Lohnknechtschaft auf indonesischen und malaysischen Palmölplantagen, Missachtung von grundlegenden Arbeitsrechten besonders für Frauen in Textilfabriken in Südosteuropa, Vertreibungen von Kleinbauern in Südamerika wegen neuer Minenprojekte europäischer Grosskonzerne, oder weltweit die Ausbeutung von Migrant_innen im Agrarsektor – die Beispiele sind Legion.

Als Konsumenten_innen in der Schweiz können wir uns zwar solidarisch zeigen, aber nur begrenzt auf diese unfairen Arbeitsbedingungen reagieren, zum Beispiel durch bewusste

Kaufentscheidungen oder durch Druck auf bestimmte Konzerne, um Veränderungen in den Lieferketten zu bewirken. Eine rechtliche Verantwortung Schweizer Unternehmen, zumindest die schlimmsten Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern zu verbessern, besteht nicht. Noch nicht, denn die Konzernverantwortungsinitiative möchte dies ändern: Konzerne mit Sitz in der Schweiz sollen zukünftig für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung durch ihre Tochterfirmen haften.

Doch nicht nur die Globalisierung fördert Ausbeutung. Viele Menschen, die ausserhalb globaler Lieferketten arbeiten, sind teilweise sogar noch stärker Ausbeutungsverhältnissen ausgesetzt: Das gilt vor allem für Arbeitende im informellen Sektor wie Strassenhändler_innen und Hausangestellte, aber auch für Temporärarbeitende und Angestellte in Kleinstbetrieben.

Arbeit darf die Arbeitenden nicht entwürdigen, sie darf nicht krank machen und muss ein selbstgestaltetes und autonomes Leben ermöglichen. Die Decent Work Agenda der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) benennt deswegen als Grundvoraussetzungen für faire Arbeit folgende Faktoren: gerechtes Einkommen, Sicherheit am Arbeitsplatz und soziale Absicherung der Beschäftigten und ihrer Familien, die Möglichkeit zur gewerkschaftlichen Organisation, Partizipation und Mitwirkung bei der Weiterentwicklung der Arbeit sowie Chancengleichheit und Gleichbehandlung. Grundlage sind dabei international verbindliche Rechte, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte garantierte das Recht auf faire Arbeit (Artikel 23). Das Ziel 8 der UNO-Nachhaltigkeitsziele (SDG) fordert zudem ausdrücklich menschenwürdige Arbeit für alle.

Solidar Suisse setzt sich für weltweit faire Arbeitsbedingungen ein und leistet damit einen Beitrag zu einer gerechteren Wirtschaftsentwicklung und Globalisierung. Dass sich Arbeitnehmende gewerkschaftlich oder gewerkschaftsunabhängig organisieren können, ist von zentraler Bedeutung für die Verwirklichung dieser Ziele. Solidar unterstützt Aktivist_innen und Organisationen vor Ort, so dass sich Menschen kollektiv organisieren und Ausbeutungsverhältnisse bekämpfen können, so z.B. im Gesundheitssektor im Kosovo, auf Plantagen in Bolivien oder in Textilfabriken in Kambodscha. Zusammen mit den Partnern vor Ort interveniert Solidar auch direkt in den lokalen Märkten, um lokale Produktions- und Lieferketten aufzubauen und zu stärken – z.B. in der Honigveredelung in Burkina Faso oder in der Zertifizierung von Kakao in Lateinamerika. Zudem ermöglicht Solidar Suisse einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, so etwa durch Alphabetisierungsmassnahmen oder die Unterstützung von staatlichen Berufsschulen. Auch Ausbildungen in traditionellen Berufen wie im Metall- oder Bausektor oder im freiberuflichen informellen Sektor zum Solaranlageninstallateur oder zur Kompostdüngerproduzentin ermöglichen neue Perspektiven. Von den verschiedenen Ansätzen formaler wie informaler Ausbildung profitieren dabei vor allem junge Menschen im ländlichen und halburbanen Raum, insbesondere dabei junge Frauen.

[Solidar Suisse](#)

Klaus Thieme

Klaus.thieme@solidar.ch

Head Development Cooperation

[links](#)

- [Solidar Suisse](#)

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 23 -Recht auf faire Arbeit
- ILO – Decent Work Agenda
- Sustainable Development Goals - Ziel 8
- Konzernverantwortungsinitiative

dossier

Goldabbau in Burkina Faso: Profit vor Menschenrechte?



Innocent Zallé mit seiner Familie vor der Ruine ihres alten Hauses in Bissa. Foto von Meinrad Schade

Mit dem Beginn des Goldrauschs in Burkina Faso 2012 wurde die Rohstoffproblematik zunehmend Teil der Projektarbeit von Fastenopfer, denn lokale Partnerorganisationen, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in ländlichen Gebieten oder Frauen-Solidaritätsgruppen, sie alle sind unmittelbar betroffen von den Auswirkungen des Goldabbaus: Durch Goldfunde auf ihrem Land verschwindet die Grundlage bäuerlichen Einkommens. Auf dem Index menschlicher Entwicklung der UNO liegt Burkina Faso auf dem 183. Platz von 189 bewerteten Staaten. Nur ein gutes Drittel der Bevölkerung kann lesen und schreiben, über 40 Prozent leben von weniger als 1.90 US-Dollar pro Tag und damit unter der Schwelle extremer Armut. Das Bruttoinlandprodukt beträgt knapp 12 Milliarden US-Dollar. Bei einer Bevölkerung von rund 20 Millionen bleiben pro Kopf 646 US-Dollar.

In Bissa, wo das gleichnamige Dorf 2013 einer der grössten industriell betriebenen Goldmine Burkina Fasos weichen musste, hat sich das Leben der umgesiedelten Dorfbewohnerinnen und -bewohner massiv verschlechtert. Von den vielen von den Minenbetreibern gemachten Versprechen wurden nur einige wenige gehalten. Nach der Umsiedlung zeigte sich, dass das Grundwasser am neuen Wohnort mit Arsen versetzt war und ungeniessbar ist. So müssen die Mädchen und Frauen mehrere Kilometer täglich gehen

um Trinkwasser zu beschaffen. Die zur Verfügung gestellten Häuser entsprechen nicht der traditionellen Wohnform und führten zur Zerstörung der bis anhin intakten sozialen Dorfstruktur. Entschädigungen wurden nur für die zum Zeitpunkt der Umsiedlung bewirtschafteten Felder bezahlt. Von den rund 1500 Dorfbewohner_innen fanden lediglich 75 einen Job in der Mine.

Menschenrechte globalisieren

In den letzten Jahren wurden jeweils gut 90 Prozent allen in Burkina Faso abgebauten Goldes in die Schweiz exportiert und von den Goldraffinerien hierzulande verarbeitet.

Die Wirtschaft ist globalisiert, nicht aber die Verantwortung für Menschenrechte. Doch der Wohlstand in der Schweiz ist ganz direkt mit der Ausbeutung von Rohstoffen in den Ländern des Südens verbunden, denn die Schweiz ist führend im Rohstoffhandel und der Goldveredelung. Mit Exporten im Wert von mehr als 68 Milliarden Franken waren Edelmetalle im Jahr 2018 das zweitwichtigste Exportgut der Eidgenossen – rund 95 Prozent davon wiederum sind dem Goldexport zuzurechnen. Denn hier werden 2/3 des weltweiten Goldes veredelt. Als weltweit grösste Drehscheibe und wichtigster Player trägt die Schweiz deshalb eine spezielle Verantwortung. Doch am 18. Dezember 2019 entschied der Ständerat erneut, dass Schweizer Unternehmen nicht für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden von Tochtergesellschaften im Ausland haften müssen. Die Haftung jedoch ist Kern der Konzernverantwortungsinitiative. Denn Konzerne sollen zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn Menschenrechte verletzt werden.

[Fastenopfer](#)

Colette Kalt

Kalt@fastenopfer.ch

[links](#)

- [Profit wichtiger als Menschenrechte? Gold glänzt nicht für alle gleich](#)
- [Konzernverantwortungsinitiative](#)

dossier

Über den Neoliberalismus hinaus



To live together on the planet instead of alone in our wallet?

Tragen die Bemühungen, der Wirtschaft eine Ethik zu geben, Früchte? Ist es der Menschheit möglich, von einer Wirtschaft, die auf den Rückzug in die eigenen Finanzen und auf soziale oder nationale Gruppen basiert, zu einer Wirtschaft der Grosszügigkeit und des Teilens überzugehen? Sind wir in der Lage, die wirtschaftlichen und sozialen Rechte universell zu verwirklichen?

Die Energiewende und die Antworten auf die globale Erwärmung erhöhen das Verantwortungsbewusstsein und begünstigen dadurch die Entstehung und Verwirklichung einer Wirtschaft mit menschlichem Antlitz. Der immense Reichtum der Menschheit – ein Reichtum an Herz und Wissen, an Infrastruktur und Reichtum – wird auch dabei helfen.

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (und somit alle Mitgliedsländer der UNO) streben die Beseitigung der Armut an. Eine gerechte Verteilung der Einkommen aus nicht erneuerbaren und erneuerbaren Ressourcen und der in der Vergangenheit geschaffenen Infrastruktur, die Pflicht der Unternehmen, Armut nicht zu erzeugen und zu ihrer Linderung beizutragen (der Global Compact geht nicht weit genug), ein seiner Verteilungsfunktion entsprechendes Steuersystem und das universelle Grundeinkommen sind Beispiele, die bis 2030 zu konkreten Lösungen führen könnten.

Auch jeder Einzelne hat eine wesentliche Rolle zu spielen: Grosszügigkeit und Solidarität,

ihr Lernen ist die Grundlage einer Zivilisation, in der jede und jeder ihren und seinen Platz findet. Bürgerbeteiligung, kritische Konsumenten und Konsumentinnen sowie Aktionäre_innen, aber auch Aktivist_innen gegen Korruption oder die Zusammenhänge zwischen Frieden und Wirtschaft sind Stimmen, die gehört werden müssen.

Schliesslich sind die neuen Wirtschaftsformen zu erwähnen: die Wirtschaft des Gebens und Teilens, des Recyclings oder des geschlossenen Kreislaufs, die Sozial- und Solidarwirtschaft und die elektronische Wirtschaft. Wirtschaftsformen in denen die Kriterien der Ethik und des Teilens eingehalten werden.

APRED theoretisiert und unterstützt den reibungslosen Übergang zu einer Wirtschaft mit menschlichem Antlitz.

APRED

Christophe Barbey

cb@apred.ch

links

- [Die nachhaltigen Entwicklungsziele 2030 \(auf Englisch\)](#)
- [Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte \(auf Französisch\)](#)
- [Die Prinzipien des Global Compact \(auf Englisch\)](#)
- [Das universelle Grundeinkommen laut UN \(Sonderberichterstatteerin zur Armut, auf Spanisch\)](#)
- [Transparency international \(auf Englisch\)](#)
- [Institut für Wirtschaft und Frieden \(auf Englisch\)](#)
- [Aktionär_innen für nachhaltiges Wirtschaften](#)
- [Sozialwirtschaft](#)

erfahren sie mehr darüber

Von Santiago bis Paris, Menschen auf der Strasse



Plaza de la Dignidad in Santiago de Chile, 2019. Bild : Nicole Kramm Caifal

Der Artikel "Von Santiago bis Paris, Menschen auf der Strasse" wurde im Januar 2020 von Serge Halimi in der Zeitung Le Monde Diplomatique veröffentlicht. Der Autor erläutert die Ursachen der jüngsten Protestwellen sowie deren Auswirkungen auf die aktuelle Situation und die Zukunft.

Die Strassen sind nicht leer. Die allgemeine Unzufriedenheit und die daraus entstandenen Demonstrationen (Algerien, Libanon, Ecuador, Frankreich, Chile...) nehmen eine neue Wendung. Wir sind Zeugen und Zeuginnen sehr anspruchsvoller kollektiver, solidarischer und unpolitischer Bewegungen, die bereits einige Früchte getragen haben. Immer repressiver werdende Regierungen bemühen sich, ihre Gegner_innen zum Schweigen zu bringen, die "den Sturz des Regimes wollen".

Alles begann im Jahr 2010, nach dem ersten tunesischen Aufstand, der den Arabischen Frühling hervorbrachte. Es folgten die "Spanish-Plaza-Bewegung", die Mobilisierung chilenischer Studenten_innen und die Besetzung der Wall Street, um nur einige zu nennen.

Die Parolen in den vier Ecken der Welt unterscheiden sich, aber sie entstammen demselben

Auslöser: Ohnmacht gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus, der die sozialen Ungleichheiten vertieft, und gegenüber der herrschenden Oligarchie, die nicht auf die Bedürfnisse der Menschen eingeht und ihre Interessen nicht vertritt. Als Folge sind es die Menschen müde, unter prekären Bedingungen zu leben, die eigenen Rechte (Rente, Bildung, Gesundheit) verstümmelt und die eigene Umwelt entwürdigt zu sehen. Die Ökologie ist ein gutes Beispiel für diese Ohnmacht. Trotz des offensichtlichen politischen guten Willens (der bei den verschiedenen COPs besonders hervorgehoben wurde) konsumieren die Reichsten weiterhin zu viel auf Kosten eines überhitzten Planeten.

Bereits vor mehr als zwanzig Jahren wurde uns “der Tod des Kapitalismus, die Konvergenz der Kämpfe, die Sackgasse der Globalisierung” angekündigt. Dennoch hat sich die neoliberale Politik weiter verbreitet. Der Kern des Problems ist die Korruption, die in verschiedenen Formen zu finden ist: Korruption, die darin besteht, private Interessen zu finanzieren, indem das öffentliche System durch Reformen zerstört wird (mit Kürzungen von Sozialprogrammen, immer teureren öffentlichen Dienstleistungen, der Einrichtung kapitalgedeckter Rentensysteme usw.); Korruption, die durch inzestuöse Beziehungen zwischen Staat und Kapital (der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, der heute bei der Bank Goldman Sachs beschäftigt ist, zum Beispiel) hervorgehoben wird – Verbindungen, die die Macht der Gegner des etablierten Wirtschaftssystems einschränken.

Halimi stellt Chile, die Wiege des Kapitalismus, als den eigentlichen Beweis für sein Scheitern vor. Seit Oktober letzten Jahres hat ein grosser Teil der chilenischen Bevölkerung trotz des Sturzes von Pinochets totalitärem Regime und des darauf folgenden demokratischen Übergangs sein neoliberales politisches System beklagt: kapitalgedeckte Renten, private Universitäten, eine Autobahn und Wassergebühren. Trotz der Verschärfung der polizeilichen, gerichtlichen und militärischen Repression (die seit Beginn der sozialen Krise 11.000 Verletzte, 200 Verwundete und 26 Tote zur Folge hatte) geht der Aufstand weiter.

Diese Proteste haben zwar nicht zu einer ernsthaften politischen Alternative zum Neoliberalismus geführt, aber können sich dennoch über kleine Siege freuen, die ausreichen, um das Vertrauen “stärkerer” und “würdigerer” Demonstrierender zu stärken: Das Regime von Omar al-Bashir ist im Sudan gestürzt worden, im Libanon und im Irak wurden Premierminister zum Rücktritt gezwungen, genauso wie in Algerien der ehemalige Präsident Bouteflika, und die chilenische Verfassung soll neu geschrieben werden. Gemäss Halimi haben diese Demonstrationen zumindest ermöglicht, “dem Liberalismus nicht mehr die Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität zu geben”.

[swisspeace](#)

Sanjally Jobarteh

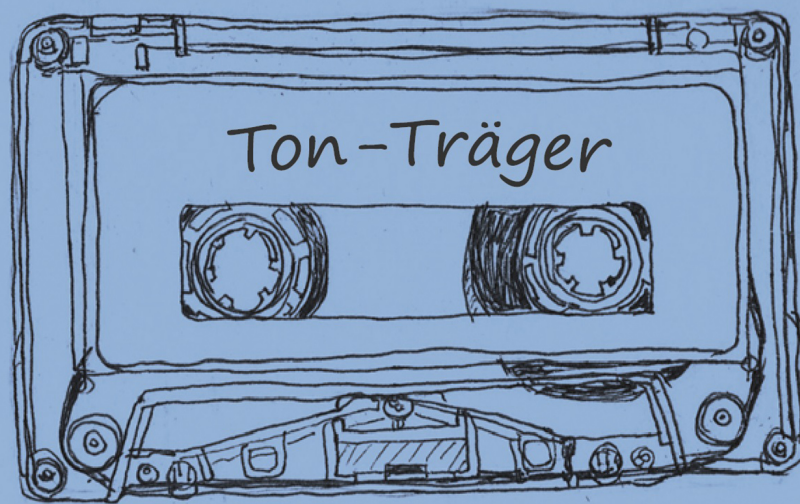
Sanjally.Jobarteh@swisspeace.ch

[links](#)

- [Von Santiago bis Paris, Menschen auf der Strasse \(auf französisch; vollständiger Artikel nur für Abonnenten\)](#)

aktuell

KOFF Podcast Ton-Träger: Frauen, Frieden & Sicherheit: Wo bleibt die Gleichstellung?



KOFF hat eine neue Podcastserie gestartet. In dieser Podcastserie hören Sie Geschichten und Anliegen der KOFF Trägerorganisationen und Partner zu Themen der Friedensförderung.

Die erste Folge des KOFF Ton-Trägers steht im Zeichen des 20 Jährigen Jubiläums der UN Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Wie Flurina Derungs von FriedensFrauen Weltweit im Interview für diesen Podcast sagt, «war die Resolution ein Meilenstein in der internationalen Friedenspolitik, da sie zum ersten Mal die Bedürfnisse und Anliegen von Frauen ins Zentrum von Friedensbemühungen rückt». Doch auch 20 Jahre nach ihrer Annahme, gestaltet sich die Umsetzung der Resolution schwierig und Frauen sind in Friedensprozessen nach wie vor unterrepräsentiert und nicht mit Männern gleichgestellt.

Über die Bedeutung und den Inhalt der Resolution 1325 sowie die Probleme bei der Umsetzung spricht Jonas Hinck von KOFF mit Anat Al-Mzayyen von der Palestinian Working Women Society for Development, mit Flurina Derungs von FriedensFrauen Weltweit und mit Sarah Koch ehemaliger Gender Focal Point bei der Abteilung Menschliche Sicherheit des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten.

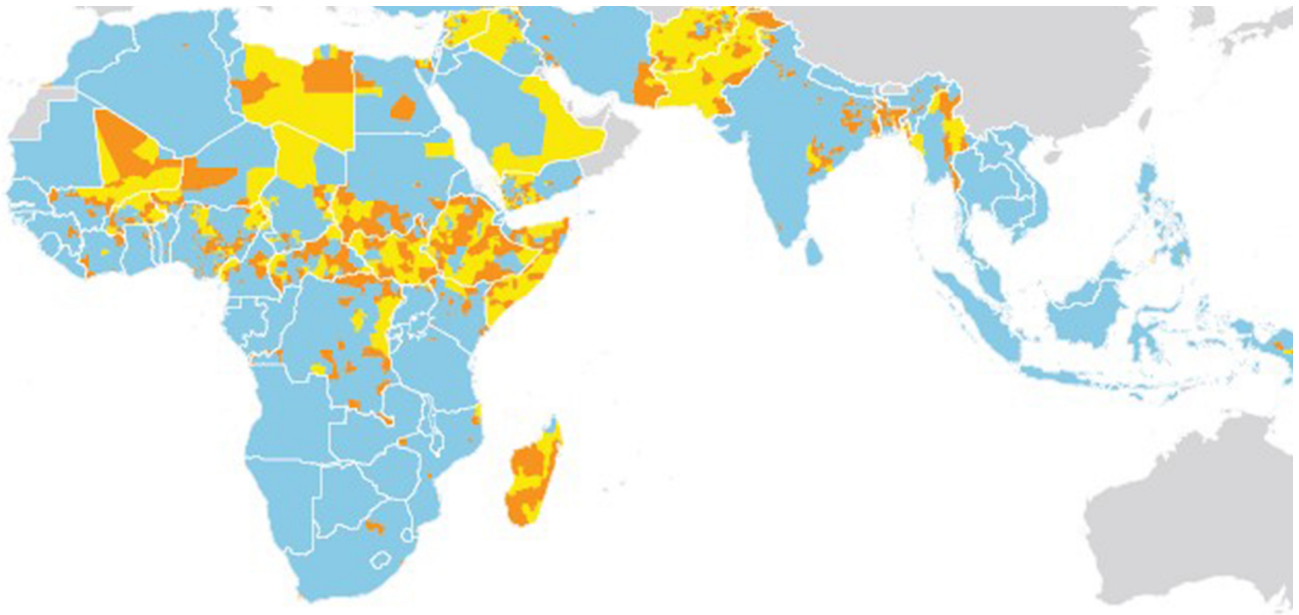
Weitere Folgen werden in Zukunft auf der [Soundcloud Seite des KOFF Ton-Trägers](#) veröffentlicht.

links

- [KOFF Podcast Ton-Träger: Frauen, Frieden & Sicherheit: Wo bleibt die Gleichstellung?](#)

aktuell

Neues Frühwarnsystem: Wasser, Frieden und Sicherheit



■ Peace ■ Emerging conflict ■ Ongoing conflict ■ No data

WPS globales Frühwarnsystem, Risikoprognose von Konflikten (Oktober 2019 bis September 2020)

Ein neues Instrument aus der Partnerschaft Wasser, Frieden und Sicherheit (WPS) kann das Risiko eines gewaltsamen Wasserkonflikts bis zu 12 Monate im Voraus vorhersagen.

Das WPS «Global Early Warning Tool» nutzt maschinelles Lernen, gekoppelt mit ökologischen, meteorologischen, sozialen und wirtschaftlichen Daten, um vorherzusagen, wo organisierte Gewalt wahrscheinlich auftreten wird. Es ermöglicht Experten_innen aus den Bereichen globale Entwicklung, Diplomatie, Katastrophenschutz und Verteidigung – zusammen mit Regierungen und Gemeinden – einzugreifen und zur Entschärfung von Konflikten beizutragen, bevor Blut vergossen wird.

Das Instrument wird in den nächsten zwölf Monaten potenzielle Krisenherde in Afrika, dem Nahen Osten sowie Süd- und Südostasien identifizieren, indem es Umweltdaten mit sozioökonomischen und demographischen Daten, einschliesslich der Bevölkerungsdichte und vergangener Konflikte, aus den letzten 20 Jahren vergleicht.

Zurzeit zeigt das Tool, dass etwa 2.000 Verwaltungsbezirke im gesamten Süden der Welt von wasserbezogenen Konflikten bedroht sind, darunter der Irak (Basra), Khorramshahr

und Abadan (Iran) sowie Teile von Mali, Nigeria, Indien und Pakistan.

Jeder vierte Mensch weltweit lebt in extrem wasserstressbelasteten Gebieten. Während Massnahmen zur Wasserproblematik dazu beitragen können Frieden zu schaffen, können Wasserrisiken wie Dürre, Knappheit, Verschmutzung und Überschwemmungen auch als «Bedrohungsmultiplikatoren» dienen, die Konflikte auslösen oder zu Hungersnöten, dem Verlust von Lebensgrundlagen, oder Vertreibung beitragen.

Das WPS-Konsortium wird die Daten des Instruments nutzen, um politische Massnahmen zu wasserbezogenen Konflikten anzustossen und friedensfördernde Interventionen zu steuern.

[International Alert](#)

David Ackers

dackers@international-alert.org

[links](#)

[- Frühwarnsystem für Wasser, Frieden und Sicherheit sagt wasserbezogene Konflikte bis zu einem Jahr voraus \(auf Englisch\)](#)

aktuell

Rundtisch: Frieden und Menschenrechte in Kolumbien und Honduras: Einsatz mit grossen Risiken!



Der Lateinamerika-Rundtisch, den die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF zusammen mit der Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien (ask!) und Peace Brigades International Schweiz (PBI) am 7.11.2019 organisiert hat, bot die Möglichkeit, vier engagierte Frauen aus Kolumbien und Honduras kennenzulernen und mit ihnen über die aktuelle Situation in den beiden Ländern, über die Arbeit und die Herausforderungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort und ihre Forderungen, Ängste und Hoffnungen auszutauschen.

Am Vormittag wurde über die (fehlende) Umsetzung des Friedensabkommens und den Anstieg der Gewalt in Kolumbien diskutiert. Diana Luz Barrios Márceles (COLEMAD) und Yesica Blanco Lozano (Sembrandopaz), zwei Gäste aus den beiden Partnerorganisationen des Schweizer Friedensförderungsprogramms Semillas de Esperanza haben von ihren Erfahrungen im Umgang mit dem Recht von Frauen auf Land, Entschädigung und Landrückgabe, sowie ihren Bemühungen für den Dialog und Versöhnung gesprochen.

Am Nachmittag ging es um Fragen zu Menschenrechten, Gewalt und sexueller Diversität in Honduras. Esdra Sosa Sierra und Bertha Zúñiga Cáceres haben über die Auswirkungen der schwierigen Situation und über den Kampf von zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Rechte der LGBTI+ Gemeinschaft erzählt.

[ask! - Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien](#)

Lisa Alvarado

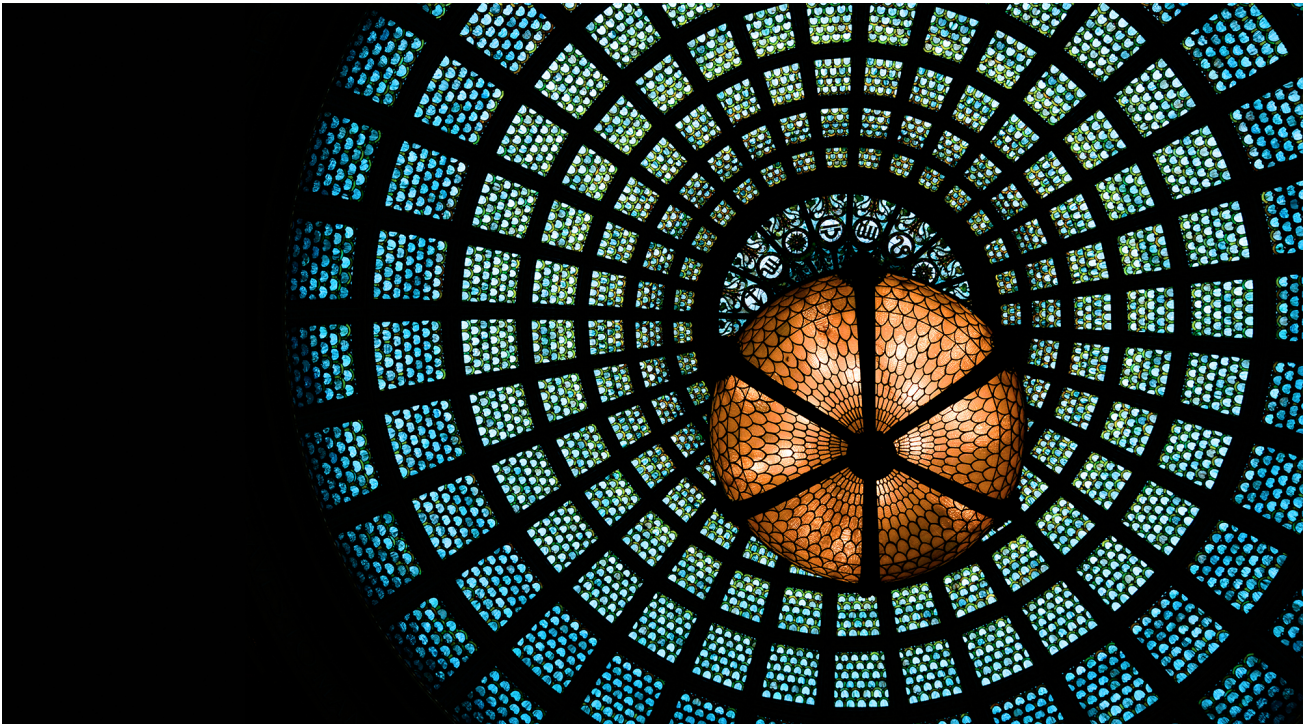
lisa.alvarado@askonline.ch

[links](#)

- [Einladung Rundtisch](#)
- [Samen der Hoffnung – Das Schweizer Multitrack-Friedensförderungsprogramm in der Praxis](#)

agenda

Veranstaltungen & News



links

-

KOFF NEWS

Neuigkeiten von KOFF und ihren Trägerorganisationen finden Sie auf unserer [KOFF NEWS SEITE](#).

SWISSPEACE KURSE

Für die folgenden swisspeace Kurse können Sie sich jetzt anmelden:

- [Unpacking Radicalization](#)
- [Preventing Violent Conflicts](#)
- [Conflict Sensitivity](#)

Informationen über das gesamte swisspeace Kursangebot zu Friedensförderung und Konflikten, finden Sie auf [UNSERER WEBSEITE](#).

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF von swisspeace
Kontakt	Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Amélie Lustenberger & Sanjally Jobarteh
Übersetzung	Furrer Übersetzungen, Übersetzergruppe Zürich
Bildmaterial	Haiti, 2012. Creative Commons

KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	Graines de Paix	Peace Watch Switzerland
Alliance Sud	Green Cross Schweiz	Peace Brigades International
APRED	GSoA	Peace Nexus Foundation
artasfoundation	HEKS	Quaker United Nations Office
BAHA'I	HELVETAS Swiss Int.	Schweizerische Flüchtlingshilfe
Brücke · Le pont	IAMANEH Schweiz	Schweizerischer Friedensrat
Caritas Schweiz	Institute for Conflict	Schweizerischer Katholischer
Caux - Initiativen	Transformation and	Frauenbund
der Veränderung	Peacebuilding	Schweizerisches Rotes Kreuz
cfed	IFOR-Schweiz	SCI Schweiz
DCAF	Interpeace	Solidar Suisse
Eirene Schweiz	Luzerner Initiative für Frieden	SOS Kinderdorf
Fastenopfer	und Sicherheit (LIPS)	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Fondation Hirondelle	medico international schweiz	Swiss Academy for
FriedensFrauen Weltweit	mission 21	Development
Frauen für den Frieden	miva Schweiz - transportiert	SWISSAID
Schweiz	Hilfe	Terre des Femmes Schweiz
	Palmyrah	terre des hommes schweiz